



Aktuelle Debatte

—

Fraktion AfD

Faeser-Putsch gegen unsere Grundrechte - Warum die von der Bundesinnenministerin angekündigten 13 Maßnahmen keine Instrumente der wehrhaften Demokratie sind, sondern die Axt an die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung legen

Es wird beantragt, zur 28. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 21./22./23. Februar 2024 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

Begründung

Am 13.02.2024 hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Berlin groß aufgemacht: Vor der versammelten Presse der Republik verkündete sie die weitere Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsextremismus. Die SPD-Politikerin stellte ein 13-Punkte-Paket mit dem Titel „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen - Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen“ vor. Auch die Chefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, und des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, sekundierten ihr in der Bundespressekonferenz.¹

Der Rechtsextremismus sei es, so Faeser, der „die größte Bedrohung“ für die freiheitliche Grundordnung in Deutschland bilde. Rechtsextremisten wollten das Vertrauen in die Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates untergraben, heißt es in ihrem Papier. Sie versuchten, unterstützt von ausländischen Autokraten, die Meinungsbildung und die politische Debatte zu manipulieren und die Demokratie zu schwächen. Als Lösung fährt Faeser ein Pot-

¹ Vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren (2024) - Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen - Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen, Bundesinnenministerin Nancy Faeser stellt neues Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus vor, Internet: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/02/massnahmen-gegen-rechtsextremismus.html> vom 13.02.2024, zuletzt geprüft am 18.02.2024.

pourri an Maßnahmen auf. Ein Großteil von ihnen ist schon lange bekannt und teils auch schon beschlossen. Der Inlandsgeheimdienst „VS“ soll einmal mehr weitere Rechte zum Bespitzeln seiner Bürger bekommen. Gaststätten soll er darüber informieren, wen diese zu Gast haben. Banken sollen auf „problematische Kunden“ aufmerksam gemacht werden. Kontosperrern werden zukünftig viel häufiger vorkommen. Dissidenten sollen in ihrer Reise- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Beamte, die sich an Gesetz und Recht halten, aber eine unbotmäßige Meinung äußern, sollen schneller aus dem Dienst entfernt werden können. Für den Kampf gegen rechts - gegen wen auch sonst - sollen die Protagonisten der „Zivilgesellschaft“ und ihre Einrichtungen noch auskömmlicher als bisher mit Steuergeld finanziert werden. Die Antifa mit institutionalisierter Dauerförderung wird quasi staatstragend. Die „DDR 2.0“ lässt grüßen. Sogar das Grundgesetz soll im Zuge der Aktionen verändert werden - natürlich zu seinem Schutz. Denn es gehe um nicht weniger als die Demokratie vor ihrer angeblich bevorstehenden Abschaffung zu bewahren.

Die angekündigten Maßnahmen bieten Anlass zur Sorge um den Rechtsstaat und sie sind eine Bedrohung für die Demokratie selbst, im Bund wie in den Ländern. Aus der Geschichte wissen wir, dass die Entwicklung hin zu einer Diktatur oftmals stückchenweise passiert und dabei auf eine Mehrheit baut. Sie kommt meist im demokratischen Gewand daher, oder wird gar als unumgängliche Schutzmaßnahme verbrämt. Wer aber die Demokratie ernst nimmt, kann sie nicht exklusiv für linkes demokratiefeindliches Gedankengut offenhalten. Denkt man die aktuellen Pläne konsequent weiter, dann ist der nächste Schritt zur Einschränkung der Wählbarkeit von staatlich inopportunen Personen, Parteien und Wahllisten nicht mehr weit. Grund genug, die Aussprache im Landtag zu führen und Farbe zu bekennen. Denn Meinungsvielfalt ist kein Verbrechen, sondern ein Grundrecht unserer Verfassung.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz